

NDR Info Das Forum

22.03.2014 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

23.03.2014 /12.30-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/info

Inhalt:

- Krim-Krise – Weg in einen neuen Kalten Krieg?
- Herausforderung Bundeswehr – Ursula von der Leyen fast 100 Tage im Amt
- Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Bundeswehr-Soldaten – Nachbesserung notwendig?
- Sicherung von Atommaterial - Zu hohe Erwartungen an den Nuklear-Gipfel?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Diesmal mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, es begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns geht es heute um diese Themen:

- Herausforderung Bundeswehr – Ursula von der Leyen fast 100 Tage im Amt.
- Ein Jahr Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Bundeswehr-Soldaten – Nachbesserung notwendig? Und:
- Sicherung von Atommaterial - Zu hohe Erwartungen an den Nuklear-Gipfel?

Zunächst jedoch zur Krim-Krise. Nach dem umstrittenen Referendum wird die Halbinsel nun von Russland kontrolliert. Mit der Abspaltung der Krim steht die Russland-Politik des Westens vor einem Scherbenhaufen. Der strategische Dialog bzw. die Modernisierungspartnerschaft mit Russland ist gescheitert. Die EU und die USA haben in dieser Woche erste Sanktionen verhängt. Es droht

der Rückfall in einen Kalten Krieg - mit weitreichenden Folgen. Der Architekt der Ost-Politik, Egon Bahr, zeigt sich besorgt, befürchtet, dass nun zerstört werden könnte, was in vielen Jahren mühsam aufgebaut worden ist.

O-Ton Bahr

„Wir müssen doch irgendwann das wieder aufbauen, was wir unter Umständen kaputtgemacht haben, weil wir Sanktionen verhängt haben, von denen wir wussten, sie sind falsch. Wir sollten die positiven Ergebnisse durch die alte Ostpolitik für den Westen nicht erst kaputtmachen, damit wir sie dann wieder aufbauen müssen.“

Nach dem Fall der Mauer galt insbesondere in Deutschland der außenpolitische Grundsatz, Sicherheit in Europa könne es nur *mit* Russland und nicht *gegen* Russland geben.

Nach der Krim-Annexion gilt dieses Politikziel nun nicht mehr. Insbesondere Polen, die baltischen Länder und andere osteuropäische Staaten zeigen sich besorgt, fürchten eine weitere Ausdehnung des russischen Machtbereichs. Die Regierungen wenden sich gegen eine Beschwichtigungspolitik und fordern eine klare Botschaft an Moskau. Die NATO hat inzwischen u.a. mit AWACS-Überwachungsflugzeugen ihre Präsenz bei den östlichen Bündnispartnern verstärkt. Die Allianz bekräftigt damit ihre Solidarität.

Dass es zur jetzigen Konfrontation gekommen ist, dafür ist die westliche Ukraine-Politik mitverantwortlich. Mögliche russische Reaktionen und Empfindlichkeiten, insbesondere bei Präsident Putin, wurden nicht wahrgenommen, verdrängt oder ignoriert. Der frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, der ehemalige Bundeswehr-General Klaus Naumann sagte dem Fernsehsender Phoenix:

O-Ton Naumann

„Russland denkt immer in Kategorien einer Landmacht. Und für einen Mann, der selbst gesagt hat, der Zerfall der Sowjetunion sei die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen, ist der Wegfall des Cordon sanitaire, des Puffergürtels vor dem Herzland Russlands, ein strategischer Verlust, den er kaum verwinden kann. Und nun versucht der Westen, durch das Assoziierungsabkommen der Europäischen Union, die Ukraine, ein Kernstück im russischen Denken - auch von der Geschichte her - , herauszulocken bzw. herauszubrechen. Deswegen wäre es sicher gut gewesen, man hätte von Anfang an Russ-

land in diese Gespräche einbezogen, so dass es ein Dreier-Gespräch gewesen wäre: EU, Ukraine, Russland."

Der Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch in Kiew hat zudem Putins Pläne zunichte gemacht, eine eurasische Wirtschaftsunion zu schaffen. Moskau ist davon überzeugt, dass die neue prowestliche Regierung der Ukraine nur durch Unterstützung der EU und der USA an die Macht gekommen ist.

Für Putin ist Russland weiterhin eine Supermacht, ein Land, das sich auf Augenhöhe mit den USA befindet - nicht nur aufgrund seiner Atomwaffen. Zugleich sieht sich der Kreml nach dem Zusammenbruch der UdSSR allerdings in der Defensive. Die NATO-Osterweiterung erfolgte gegen den Willen Moskaus. Auf die russischen Besorgnisse hatte der Westen damals noch reagiert, u.a. mit der Einrichtung des NATO-Russland-Rates. Eine ähnliche Initiative hielt die EU bei dem geplanten Assoziierungsabkommen mit der Ukraine nicht für notwendig. Dabei sieht sich Russland weiterhin eingekreist. Mit dem Machtwechsel in der Ukraine ist für Putin eine rote Linie überschritten worden. Doch was ist das eigentliche Ziel der Krim-Abspaltung? Der frühere Generalinspekteur Klaus Naumann:

O-Ton Naumann

„Putin möchte nicht, dass diese Ukraine, wenn sie frei entscheidet, der NATO beitrifft. Was kann einen Beitritt der Ukraine verhindern? Und da kennt er den Grundsatz, der in der NATO gilt für alle Osterweiterungen: Es darf kein Staat aufgenommen werden, der ungeklärte territoriale Probleme hat. Wenn er sich nun die Krim sozusagen einverleibt, hat er für die Ukraine ein territoriales Problem geschaffen und die NATO könnte im Grunde genommen kaum den Schritt der Mitgliedschaft der Ukraine erwägen.“

Zumal die neue Regierung in Kiew diese Woche erklärte, man werde den Anschluss der Krim an Russland niemals hinnehmen.

Einen NATO-Bündnisfall wird es also vorerst wegen des Konfliktes nicht geben. Doch die Allianz wird sich durch die Krim-Krise verändern. Jetzt gibt es erneut eine Bedrohung aus dem Osten. Der bisherige Partner Russland ist nun wieder ein potenzieller Gegner – insbesondere für die osteuropäischen Bündnismitglieder. Die NATO wird sich auf diese neue Lage einstellen. Nach dem wenig erfolgreichen Afghanistan-Einsatz könnte demnächst wieder die Bündnisvertei-

digung zentrale Aufgabe der NATO werden. Und mancher wird fragen, ob die Bundeswehr hierfür richtig aufgestellt ist - mit nur noch 225 Leopard-Kampfpanzern. Vor dem Fall der Mauer hatte sie rund zehn Mal so viel.

Zu unserem nächsten Thema.

In der kommenden Woche ist Ursula von der Leyen 100 Tage im Amt. Ihre Ernennung zur Verteidigungsministerin war eine große Überraschung und für Deutschland eine Premiere. Eine Zwischenbilanz zieht Andreas Dawidzinski:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Thomas de Maizière war sichtlich enttäuscht. Er war davon ausgegangen, dass er als Verteidigungsminister im Amt bleiben würde. Er hatte für die CDU die entsprechende Arbeitsgruppe geleitet, wollte die komplexe und schwierige Bundeswehrreform zu Ende führen. Doch die Bundeskanzlerin machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Sie machte Ursula von der Leyen zur Verteidigungsministerin - obwohl die ehemalige Familien- und Arbeitsministerin in ihrer bisherigen politischen Laufbahn mit der Bundeswehr nichts zu tun hatte. Die 55-Jährige betrat Neuland, was sie auch offen bekannte, wodurch sie gleichzeitig Pluspunkte machte. Die siebenfache Mutter stürzte sich dann auch sofort in die Arbeit, büffelte nicht nur Dienstgrade:

O-Ton von der Leyen

„Meine Grunderfahrung ist, man muss am Anfang sehr viel Grundsätzliches lesen, aber man sollte nicht glauben, dass nach den ersten Wochen Lesen die Lernphase abgeschlossen ist. Im Gegenteil. Das Lernen hört eigentlich nie auf. Und da ist eine Mischung [notwendig]: Einerseits immer wieder fleißig lesen, aber auch ganz viel draußen vor Ort sein, und die Leute hören. Da lernt man am meisten.“

Und Ursula von der Leyen war dann auch von Beginn an viel vor Ort.

Erstmals steht eine Frau an der Spitze der Bundeswehr, als Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt, im Militärjargon kurz IBUK genannt. Damit ist von der Leyen eine große öffentliche Aufmerksamkeit gewiss. Und die medienerfahrene Politikerin wusste dies bestens zu Nutzen. Noch vor Weihnachten ein Abstecher zu den Soldaten in Afghanistan – mit mehr als 40 Journalisten im

Tross. Erinnerungen an die Selbstinszenierungen ihres Vorgängers Karl Theodor zu Guttenberg wurden wach.

O-Ton von der Leyen

„Ich bin jetzt die IBUK. Das ist noch etwas gewöhnungsbedürftig - für mich und für Sie glaube ich auch. Aber ich kann Ihnen sagen, ich bin sehr, sehr gerne und ganz bewusst, sofort zu Ihnen hier her nach Afghanistan gekommen... Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen sagen, dass ich einen hohen Respekt vor Ihrer Aufgabe, vor Ihrer Leistung habe, dass ich tief beeindruckt bin, von dem, was ich heute gehört habe in vielen verschiedenen Gesprächen, in sehr fundierten Briefings, was Sie geleistet haben, wie viel Sie mit auf den Weg gebracht haben. Ich bin von ganzem Herzen stolz und dankbar, Ihre Verteidigungsministerin sein zu dürfen.“

Aufbauende und schmeichelnde Worte für eine Truppe, die schon lange frustriert und demotiviert ist. Unter Thomas de Maizière hatte die Stimmung bei den Soldaten einen Tiefpunkt erreicht. In erster Linie aufgrund der Bundeswehr-Reform. Umfragen haben gezeigt, dass mehr als 70 % der Führungskräfte den eigenen Kindern nicht empfehlen würde, zur Bundeswehr zu gehen. Katastrophale Werte, die in krassem Widerspruch stehen zu den offiziellen schöngefärbten Aussagen von Bundeswehr-Offiziellen. Die Soldaten fühlen sich beim Umbau der Streitkräfte nicht mitgenommen. Für sie ist die CDU-Politikerin jetzt die neue Hoffnungsträgerin.

Mit ihrer öffentlichkeitswirksamen Forderung, die Bundeswehr müsse attraktiver werden, konnte Ursula von der Leyen in der Truppe schnell punkten. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat sie die Vereinbarkeit von Familien und Dienst zum Thema gemacht. Mehr Kitas, Teilzeit für Soldaten, Tele-Arbeitsplätze - die Boulevard-Presse sprach von einer Revolution. Dabei sind diese Forderungen alte Hüte - es gibt seit rund sieben Jahren entsprechende Erlasse und Handbücher. Das Problem: Die Forderungen wurden überhaupt nicht oder nur teilweise umgesetzt. Die Kommunikations-Expertin von der Leyen vermittelte allerdings den Eindruck, jetzt gebe es einen Neuanfang. Insbesondere den Soldaten-Familien, die sich vom Arbeitgeber Bundeswehr oft im Stich gelassen fühlen, machte sie große Hoffnungen z.B. in Hannover bei der Verabschiedung von Soldaten in Auslandseinsätze:

O-Ton von der Leyen

„Ich weiß, dass es manchmal richtig eng werden kann, insbesondere wenn man mit kleinen Kindern über Wochen alleine zu Hause ist und es alleine schaffen muss. Deshalb ist meine klare Botschaft: Bitte zögern Sie nicht, sich an die Bundeswehr zu wenden, und damit auch an mich, wenn Sie Hilfe brauchen. Lösungen zu finden, dafür sind wir da.“

Ursula von der Leyen versuchte von Beginn an, Pflöcke einzuschlagen, die Bundeswehr aus dem gesellschaftlichen Abseits herauszuholen, in das sie sich auch durch eigenes Zutun manövriert hatte. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr mehr denn je auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen. Jährlich werden rund 20.000 Rekruten benötigt. Und damit man nicht jeden nehmen muss, hält man rund 60.000 Bewerberinnen und Bewerber für wünschenswert. Angesichts der demografischen Entwicklung und künftigen Jahrgangsstärken von etwas mehr als 600.000 jungen Männern und Frauen eine echte Herausforderung. Denn die Streitkräfte konkurrieren beim Nachwuchs mit der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Institutionen. Doch die Verteidigungsministerin gibt sich zuversichtlich. Für sie ist die Bundeswehr ein moderner global agierender Konzern, der Bewerbern vieles bieten kann. Im Bundestag rührte von der Leyen kürzlich kräftig die Werbetrommel für die Bundeswehr und trug ziemlich dick auf:

O-Ton von der Leyen

„Sie hat im Zielbetrieb round about 250.000 Beschäftigte an 400 Standorten im In- und Ausland. Sie hat ein Luftfahrtunternehmen. Sie hat eine Reederei. Sie hat einen Krankenhausverbund par excellence; das kann ich als Ärztin beurteilen, das ist vom Feinsten. Sie hat ein Logistikunternehmen, das seinesgleichen sucht. Sie hat eine Qualifizierungssparte mit Schulen, mit Ausbildungsbetrieben, mit Akademien und Hochschulen. All das erfordert eine hervorragende Verwaltung.“

Die Bundeswehr, eine Firma wie alle anderen Wirtschaftsunternehmen? Wo man genauso gut oder sogar noch besser Karriere machen kann? Wohl kaum. Der Soldatenberuf unterscheidet sich von einem normalen Bürojob ganz erheblich. Wer sich für die Bundeswehr entscheidet, der muss auch bereit sein, ggf. sein Leben zu opfern. Ein wichtiger Unterschied, der bei der Attraktivitätsoffensive der Verteidigungsministerin viel zu kurz kommt.

Obwohl sich von der Leyen weiterhin in das komplexe Thema Bundeswehr einarbeitet, hat sie von Anbeginn versucht, ihren Amtsantritt medienwirksam zu begleiten. Zunächst mit selbstgesetzten Themen, die ihr nicht ganz fremd waren, wie beispielsweise eine familiengerechte Bundeswehr. Harte Themen, sparte sie anfangs ganz bewusst aus. Versuche, sie schon frühzeitig auf eine bestimmte Position festzulegen, liefen daher ins Leere. So hatten sich Anfang Januar der Wehrbeauftragte und auch der Bundeswehrverband dafür stark gemacht, die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen auszurüsten. Der Chef der Interessenvertretung der Soldaten, André Wüstner in der Tagesschau:

O-Ton Wüstner

„Wer nicht bereit ist, derartige Befähigung für den Schutz von Soldatinnen und Soldaten zu beschaffen oder sicherzustellen, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob es überhaupt richtig ist, Streitkräfte in derartige Missionen wie beispielsweise Afghanistan zu entsenden.“

Nach dieser Logik dürfte es ohne Kampfdrohnen keine Bundeswehr-Einsätze in bewaffneten Konflikten mehr geben.

Der Politprofi von der Leyen lässt sich von solchen Forderungen allerdings nicht beeindrucken, schließlich ist im Koalitionsvertrag eine gründliche Prüfung dieser Frage vereinbart worden. Außerdem gibt es angesichts des Afghanistan-Abzuges aktuell keinen Handlungsbedarf.

Die CDU-Politikerin näherte sich schrittweise dem ihr unbekanntem Wesen Bundeswehr. Auf der renommierten Münchner Sicherheitskonferenz Anfang des Jahres präsentierte sie dem internationalen Publikum schließlich ihre Vorstellungen über die künftige Rolle der Bundeswehr - im Gleichklang mit Bundespräsident Gauck und Außenminister Steinmeier - und auf Englisch:

O-Ton von der Leyen

„To sit and wait is not an option. If we have means, if we have capabilities - we have the obligation and we have the responsibility to engage.“

Nichtstun sei keine Option. Beim internationalen Krisenmanagement wird Deutschland künftig nicht mehr abseits stehen, so die Botschaft. Insbesondere in Afrika will man sich stärker engagieren, notfalls auch mit Soldaten. In der Praxis wird sich hier vorerst allerdings nur wenig ändern, zu begrenzt sind die

militärischen Kapazitäten der Bundeswehr. Besonders geforderte Fähigkeiten, wie die der Spezialpioniere, werden im Zuge der Bundeswehrreform sogar reduziert, wie unlängst der Wehrbeauftragte kritisierte.

Aber die neue Verteidigungsministerin hat den Bündnispartnern erst einmal einen Kurswechsel signalisiert. Ob den Worten allerdings auch Taten folgen werden, muss sich erst noch herausstellen. Die Entwicklung in der Ukraine hat zudem gezeigt, wie schnell sich die Staatengemeinschaft urplötzlich mit ganz neuen Krisenherden konfrontiert sieht.

Ein weiteres großes Problem ist für die Verteidigungsministerin die Rüstungsplanung der Bundeswehr. Thomas de Maizière hatte das Debakel um die Aufklärungsdrohne Euro Hawk beinahe das Amt gekostet. Von der Bundeswehr bestellte Waffensysteme werden regelmäßig zu spät ausgeliefert, sie werden fast gesetzmäßig immer erheblich teurer als vereinbart und dann funktionieren sie oft nicht richtig. Nach der Euro Hawk-Affäre sollte eigentlich alles besser werden. Doch das Rüstungschaos dauert an. Im vergangenen Monat trat erstmals das neugeschaffene Rüstungsboard zusammen. Die Verteidigungsministerin war entsetzt. Es gibt weiterhin zahlreiche offene Fragen und finanzielle Risiken. Die CDU-Politikerin lehnte die Statusberichte zu den 15 großen laufenden Beschaffungsvorhaben ab. Rüstung-Staatssekretär Bemelmans, ein de Maizière-Spezi, wurde gefeuert. Ein anderer hoher Beamter von seinen Aufgaben entbunden.

Dabei wollte der Amtsvorgänger der Verteidigungsministerin die Rüstungsplanung durchsichtiger und nachvollziehbar machen.

O-Ton von der Leyen

„Ich stelle allerdings fest, dass dieser Prozess der Klarheit und Transparenz bei Rüstungsvorhaben im Haus noch nicht gelebt wird und deshalb muss ich sowohl strukturelle als auch personelle Veränderungen vornehmen... Ich möchte aber auch, dass wir verantwortlich und effizient mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgehen.“

Damit hat die CDU-Politikerin die Rüstungsplanung praktisch zur Chefsache gemacht. Das Risiko: Läuft etwas schief, dann kann sie die Verantwortung nicht mehr, wie damals Thomas de Maizière, auf andere abschieben.

Ob aber der noch mehrere Jahre laufende Umbau der Streitkräfte erfolgreich sein wird, ist offen. Eine Reform der Bundeswehrreform kommt für von der Leyen nicht in Frage. Auch an dem Stationierungskonzept soll nicht gerüttelt werden. Gleichzeitig sollen aber immer weniger Soldaten noch mehr Aufgaben übernehmen. Mehr Geld wird es für die Streitkräfte auch nicht geben. Kann die Bundeswehr dadurch attraktiver und zukunftsfähig werden?

Ursula von der Leyen hat in wenigen Jahren eine steile politische Karriere gemacht. Nicht ausgeschlossen, dass dieser Aufstieg im Verteidigungsministerium gestoppt wird. Denn dort haben schon viele Minister einen guten Start hingelegt, sind letztlich dann aber doch gescheitert.

* * *

Flocken

Ursula von der Leyen – in der kommenden Woche 100 Tage als Verteidigungsministerin im Amt. Mehr hierzu auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/info.

Begehen Bundeswehr-Soldaten bei Auslandseinsätzen Straftaten, dann musste bisher die Staatsanwaltschaft am Standort oder am Wohnsitz des Soldaten ermitteln. Das konnte dauern, weil sich die Anklagebehörde erst mit Einsatzregeln und anderen militärischen Verfahren und Grundsätzen vertraut machen musste. Seit rund einem Jahr, seit dem 1. April 2013, ist daher für solche Fälle eine sogenannte Schwerpunktstaatsanwaltschaft zuständig. Die Staatsanwaltschaft Kempten im Allgäu arbeitet dabei mit dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr zusammen. Ist nun alles einfacher und besser geworden? Oder muss nachgebessert werden? Claudia Venohr ist diesen Fragen nachgegangen:

Manuskript Claudia Venohr

In einem Punkt sind sich offenbar alle Beteiligten einig: Die Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft Kempten und dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam funktioniert bislang gut. Vor allem aufgrund der konzentrierten, fachlichen Kompetenz in Ermittlungsverfahren gegen Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz, so der Leitende Oberstaatsanwalt in Kempten, Herbert Pollert:

O-Ton Pollert

„Ich denke, die Spezialisierung hat sich bewährt. Es sind jetzt immer Staatsanwälte zuständig, die laufend diese Fälle bearbeiten. Es finden Dienstbesprechungen unter Beteiligung der Rechtsberater des Einsatzführungskommandos statt, teilweise unter Beteiligung eines Vertreters des Generalbundesanwalts. Und der ständige fachliche Austausch schafft die Nähe, um bestimmte Probleme gut zu erkennen und dann auch sachgerecht zu lösen.“

Nach bisher 23 Ermittlungsverfahren, die seit dem 1. April 2013 an Kempten abgegeben wurden, beurteilt der Leitende Rechtsberater des Einsatzführungskommandos, Johannes Heinen, die Situation ähnlich:

O-Ton Heinen

„Ziel war es, Fachexpertise bezüglich des Wehrrechts, des Einsatzrechtes, wie auch des völkerrechtlichen Umfeldes der Auslandseinsätze zu bündeln. Diese Staatsanwaltschaft sollte auch Kenntnisse von den besonderen Dienst- und Lebensverhältnissen in Auslandseinsätzen haben und nicht zuletzt sollte eine Verfahrensbeschleunigung erreicht werden. Nach einem Jahr kann ich insoweit eine positive Bilanz ziehen.“

Insgesamt zwölf Rechtsberater des Einsatzführungskommandos, Juristen mit der Befähigung zum Richteramt, sind für die Staatsanwälte in Kempten erste Ansprechpartner in Ermittlungsfällen. Bisher ging es meist um einfache Sachverhalte, wie der Leitende Oberstaatsanwalt Pollert erklärt:

O-Ton Pollert

„Es geht um Straftatbestände, wie sie auch in Deutschland passieren durch Nicht-Bundeswehrangehörige: Unterschlagung, Untreue oder Diebstahl und es gab bundeswehrspezifische Straftaten zum Beispiel eine Bedrohung und endwürgende Behandlung, sprich das Halten einer Pistole an den Kopf eines Soldaten und Missbrauch der Befehlsbefugnis.“

Sechs Verfahren endeten inzwischen mit Urteilen, einige Fälle wurden mangels Tatverdachts eingestellt und in anderen wird noch ermittelt. Darunter ein Vorfall, der sich im Juni vergangenen Jahres im afghanischen Mazar-i-Sharif, im Bundeswehr-Feldlager ereignete. Ein Soldat starb an den Folgen einer Schussverletzung am Kopf. Zunächst vermutete man einen Suizid. Die Staatsanwaltschaft Kempten ermittelt:

O-Ton Pollert

„Wenn ein Todesfall vorliegt, ein unnatürlicher Tod, dann haben wir zu ermitteln. Das gilt für Verfahren im Bundeswehrebereich genauso, wie auch sonst in Deutschland, um festzustellen, ob jemand den Tod verschuldet hat. Und diese Ermittlungen laufen noch. Ich kann ihnen dazu leider keine Einzelheiten mitteilen.“

Dieses Verfahren gehört eher zu den schwierigen Fällen, zumal die zuständigen Kemptener Staatsanwälte nicht selbst am Tatort ermitteln dürfen. Denn das deutsche Strafprozessrecht gilt nicht im Ausland. Tatsächlich ist die Aufklärung eines Sachverhalts am ausländischen Einsatzort daher zunächst allein Sache der Bundeswehr, wie der Leitende Rechtsberater Heinen erklärt:

O-Ton Heinen

„Straftaten im Auslandseinsatz sind zugleich Dienstvergehen. Liegt der Verdacht eines Dienstvergehens vor, muss der zuständige Disziplinarvorgesetzte ermitteln. Dazu steht ihm die Wehrdisziplinarordnung zur Verfügung. Auf das Ermittlungsergebnis greift dann die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihres Akteneinsichtsrechts nach der Strafprozessordnung zurück.“

Da die Bundeswehr nur wegen disziplinarrechtlicher Verstöße ermitteln darf, kann es - aus strafprozessualer Sicht - unter Umständen zu Ermittlungslücken und -verzögerungen kommen, die später nicht mehr oder nur noch bedingt nachzuholen sind. Herbert Pollert, Leitender Oberstaatsanwalt der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Kempten, sieht aber noch weitere Ermittlungsschwierigkeiten:

O-Ton Pollert

„Wir sind abhängig von den Bundeswehrermittlungen und man muss auch auf eins hinweisen: die Bundeswehr kann bestimmte Ermittlungshandlungen nicht vornehmen. Sie kann keine Blutentnahme tätigen. Sie kann nicht gegen den Willen eines Soldaten eine körperliche Untersuchung durchführen. Aber das

sind natürlich bei manchen Straftaten wesentliche Ermittlungsmöglichkeiten, die dann nicht vor Ort bestehen.“

Im Ausland greifen also strafprozessuale Zwangsmittel nicht, die jedoch gegen Soldaten im Inland jederzeit anwendbar sind. Mit der Folge, dass Ermittlungen möglicherweise im Sande verlaufen. Katja Keul, Mitglied im Verteidigungsausschuss und rechtspolitische Sprecherin der Grünen:

O-Ton Keul

„So ist es ja auch bisher in der Vergangenheit in manchen Fällen gewesen, dass Verfahren eingestellt worden sind, weil man eben letztlich das nicht so rekonstruieren konnte, dass man eine strafrechtliche Verurteilung darauf basieren kann. Ich meine, im Zweifel für den Angeklagten. Die Unschuldsvermutung gilt natürlich auch für Bundeswehrsoldaten.“

Die Unschuldsvermutung bedeutet, dass jeder Tatverdächtige während des Strafverfahrens als unschuldig zu gelten hat. Nicht er muss seine Unschuld beweisen, sondern die Strafverfolgung dessen Schuld.

Bei Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz können im Ermittlungsverfahren allerdings auch die Schutzrechte Beschuldigter mit ihren soldatischen Pflichten kollidieren. Denn sie müssen gegenüber Vorgesetzten die Wahrheit sagen. Dies verletzt das fundamentale Recht zu schweigen, und sich nicht selbst zu belasten. Bundeswehr-Rechtsberater Heinen weist zwar auf eine Besonderheit hin:

O-Ton Heinen

„Die Ermittlungen erfolgen auf Grundlage der Wehrdisziplinarordnung. So muss beispielsweise der beschuldigte Soldat nicht zur Sache aussagen.“

Doch wissen das alle Soldaten und ihre Einheitsführer? Und was, wenn Vorgesetzte bereits ohne förmliches Disziplinarverfahren versuchen, einen Sachverhalt aufzuklären und Stellungnahmen von ihren Soldaten fordern? Dies ist vor dem Hintergrund der Regelung in § 13 Soldatengesetz, wonach Soldaten verpflichtet sind, in dienstlichen Angelegenheiten die Wahrheit zu sagen, problematisch. Für die rechtspolitische Sprecherin der Grünen, Katja Keul ist klar: Es müsse eine Regelung für das Strafverfahren geschaffen werden, wenn Aussagen unter dem Eindruck von Befehl und Gehorsam entstanden seien:

O-Ton Keul

„In der Tat ist es natürlich ein Problem, wenn die Staatsanwaltschaft nachher auf Aussagen des Beschuldigten zurückgreift, die dieser gegenüber Feldjägern gemacht hat, weil er sich verpflichtet sah, diese Aussagen zu machen. Das ist natürlich schon ein Bruch.“

Mit der bloßen Zuständigkeit des Gerichtsstandorts Kempten und der dortigen Schwerpunktstaatsanwaltschaft sei es allein nicht getan, meint der Leitende Oberstaatsanwalt Herbert Pollert. Er sieht gravierende Probleme, die nur durch klare gesetzliche Regelungen zu lösen seien:

O-Ton Pollert

„Die Strafprozessordnung müsste ausgedehnt werden auf die Einsatzgebiete. Es ist denkbar, dass dann Feldjäger ggf. in einzelnen Verfahren zu Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft bestellt werden und dass die Stationierungsabkommen anders gefasst werden, so dass keine Rechtshilfe in das Einsatzland notwendig ist, damit dort Polizei oder Staatsanwaltschaft ermitteln können. Nur unter diesen drei Voraussetzungen hätten wir eine Rechtslage, die den Ermittlungen im Inland entspricht.“

Fachjuristen sehen zwar die Problematik, diskutieren jedoch mögliche Nachbesserungen höchst kontrovers. Beispielsweise, ob Feldjäger quasi als Diener zweier Herren, gleichzeitig für Bundeswehr und Staatsanwaltschaft überhaupt ermitteln dürfen. In zuständigen Ministerien und im Bundestag drängt es offenbar niemanden nach Reformen, denn die Sache ist ziemlich heikel und recht kompliziert.

Eine Lösung hat auch Katja Keul von den Grünen nicht parat:

O-Ton Keul

„Das muss man sich angucken. Sind das unzumutbare Gerechtigkeitslücken? Ich bin mir da ehrlich gesagt nicht so sicher. Und wenn es jetzt ständig so wäre, dass wir Tötungsfälle hätten, an denen Bundeswehrsoldaten beteiligt wären, die nicht aufgeklärt werden können, würde ich ja vielleicht anders reagieren. Aber ich meine, Gott sei Dank ist das jetzt auch kein Massenphänomen. So dass man sich fragen muss, schaffen wir hier wirklich völlig neue Institutionen, Ermittlungsverfahren jenseits der üblichen, um diese Lücke zu schließen? Dazu müsste die Lücke schon ganz schön groß sein, ehrlich gesagt.“

Vorerst müssen die Staatsanwälte wohl mit den diagnostizierten Mängeln der Verfahren leben. Jedenfalls solange es noch um sogenannte kleine Fische geht, die sich fangen lassen. Es ist zu vermuten, dass sich das sehr schnell

ändern wird, wenn der erste große Hai, um im Bild zu bleiben, durch's Netz geschlüpft ist.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Claudia Venohr.

In der kommenden Woche treffen sich die Staats- und Regierungschefs aus mehr als 50 Ländern zum sogenannten Nuklear-Gipfel. Bei dem Treffen im niederländischen Den Haag geht es um Vereinbarungen, mit denen verhindert werden soll, dass atomares Material in falsche Hände geraten kann. Präsident Putin wird allerdings nicht anreisen. Über die Erfolgsaussichten der Konferenz – Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

In Washington fand 2010 das erste, in Seoul 2012 das zweite Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit statt. Die Gipfel sind eine Initiative von Präsident Obama, sagt Graham Allison von der Universität Harvard in Boston:

O-Ton Allison (Overvoice)

„Er hat oft gesagt, sein größter Albtraum sei, dass eine Gruppe wie Al Qaida, die auch die Anschläge vom 11. September zu verantworten hat, in den Besitz von waffenfähigem Nuklearmaterial gelangt, und damit irgendwo in der Welt eine große Stadt in die Luft jagt.“

Die Wahrscheinlichkeit eines solchen nuklearen Anschlages ist allerdings sehr gering. Denn die Atomwaffen sind gut gesichert. Allerdings wird waffenfähiges Nuklearmaterial – Plutonium und hochangereichertes Uran - auch zivil verwendet, zum Beispiel in Forschungsreaktoren oder Wiederaufbereitungsanlagen. Dieses Material zu stehlen, ist zwar nicht unmöglich, aber äußerst schwierig. Zudem würden Nuklearterroristen vor weiteren Problemen stehen, glaubt Professor Gerald Kirchner, der Leiter des Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg:

O-Ton Kirchner

„Der zweite Punkt, den ich von der Naturwissenschaft her für sehr hoch einschätze, ist, dass selbst dann, wenn sie Uran oder Plutonium haben, dann haben sie zwar das Material. Aber der technische Weg, den man gehen muss, um daraus eine funktionsfähige Waffe zu bauen, der ist noch sehr weit und auch für terroristische Gruppen unter Umständen nach wie vor zu komplex.“

Trotz unterschiedlicher Bedrohungseinschätzung - Regierungspolitiker und Experten sind sich einig, dass weitere Maßnahmen sinnvoll sind, um das nukleare Material besser zu sichern. Bei den bisherigen Nukleargipfeln ist deshalb ein Schwerpunkt darauf gelegt worden, die Verwendung von hochangereichertem Uran in zivilen Forschungsreaktoren einzuschränken.

Dabei sind einige Fortschritte erzielt worden. Über zehn Staaten - darunter Rumänien, die Türkei, Mexiko, die Ukraine und Österreich - haben inzwischen Forschungsreaktoren entweder geschlossen oder auf leichtangereichertes Uran umgestellt. Allerdings haben andere Staaten wie die Niederlande ihre Umrüstungsankündigungen nicht eingehalten. Deutschland hat bisher offen gelassen, ob es den mit hochangereichertem Uran betriebenen Forschungsreaktor München bei Garching umrüsten will. Gerald Kirchner kritisiert scharf, dass diese Anlage vor 15 Jahren in dieser Form überhaupt zugelassen worden ist.

O-Ton Kirchner

„Ich halte es politisch für völlig falsch, dass Deutschland mit dem Insistieren darauf, den Forschungsreaktor München mit hochangereichertem Uran in Betrieb zu nehmen, ein völlig falsches Signal gesetzt hat.“

Nach wie vor gibt es 25 Staaten, die relevante Mengen an hochradioaktivem Material für zivile Zwecke nutzen. Darunter sind neben den Kernwaffenmächten auch Kasachstan, Südafrika, Italien, Japan und Weißrussland. Von dem Gipfel in Den Haag erhofft der Bostoner Sicherheitsexperte Graham Allison, dass sich weitere Staaten freiwillig verpflichten, ihre entsprechenden Forschungsreaktoren umzurüsten.

O-Ton Allison (Overvoice)

„Das Wichtigste ist, dass sie einen konkreten Zeitpunkt nennen, an dem das erreicht sein soll. Zu oft versuchen Staaten, sich mit der Aussage ‚wir arbeiten

daran' herauszureden. Es ist leider prinzipiell so, dass man sich in den Communiqués nur auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner einigt.“

Ein weiteres Thema wird bei dem Treffen in Den Haag die Frage der Sicherung von anderen leicht radioaktiven Quellen sein, wie es sie in vielen Krankenhäusern gibt. Allerdings haben 17 von 53 Teilnehmerstaaten des letzten Gipfels, darunter auch die USA, eine entsprechende internationale Konvention bisher nicht ratifiziert, obwohl sie es ankündigt hatten. Die Konvention gibt es schon seit knapp 10 Jahren.

Graham Allison hält es zudem für notwendig, auf dem Gipfel auch über die Sicherung und Kontrolle von waffenfähigem Nuklearmaterial zu sprechen, die das Militär in den Atomwaffenstaaten nutzt.

O-Ton Allison (Overvoice)

„Es wäre vernünftig, auch die Nuklearwaffen und das militärisch genutzte Nuklearmaterial in die Diskussion einzubeziehen. Aber Frankreich, zum Beispiel, ist da sehr zurückhaltend.“

Mit kleineren Fortschritten und Vereinbarungen ist bei dem Nuklear-Gipfel nächste Woche wohl zu rechnen - trotz der Krim-Krise. In zwei Jahren soll es dann in Washington ein weiteres Treffen geben. Die Frage bleibt allerdings, ob für die relativ mageren Ergebnisse überhaupt eine Reihe von Gipfeln notwendig sind.

* * *

Flocken

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter ndr.de/info. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.